

Von Leipzig bis Köln

Sozialdemokratische Parteitage im Wandel der Zeit

Von Jakob Altmaier, MdB

Wie die Ringe eines Baumes zeugen die sozialdemokratischen Parteitage vom Sein und Werden, vom Weg und Wandel der Sozialdemokratischen Partei. So viele Parteitage es jedoch in ihrer hundertjährigen Geschichte gegeben hat, so vielen Veränderungen sie in der gesellschaftlichen, nationalen und internationalen Entwicklung unterworfen war, dem Gesetz, unter dem die SPD im Jahre 1863 in Leipzig angetreten ist, konnte und durfte sie sich nie entziehen. Da ist der Paragraph I des Statutes des allgemeinen deutschen Arbeitervereines:

"Unter dem Namen Deutscher Arbeiterverein begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Überzeugung ausgehend, dass nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhaftige **B e s e i - t i g u n g** der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalen Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken".

So holperig dieser erste politische Genversuch einer sich organisierenden Arbeiterbewegung gewesen sein mag, dieser Paragraph I und sein historisches Bekenntnis zur Demokratie und zur politischen Gleichberechtigung, als Voraussetzung der sozialen Demokratie ist die Geburtsurkunde der Sozialdemokratischen Partei, einer der grössten und kühnsten gesellschaftlichen Bewegung aller Zeiten.

Alles für den demokratischen Staat

Drei Jahre später erweitern sich bereits Programm und Ziel zur "Einigkeit Deutschlands in einer demokratischen Staatsform", so wie zum Zusammenschluss und gegenseitigem Beistand der Unterdrückten "in allen europäischen Ländern". 1867 wird in Braunschweig die "Umwälzung der Produktionsweise zur Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" gefordert, und ein Jahr später bestätigt der Nürnberger Vereinstag klar und bestimmt:

"Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im **d e m o k r a t i s c h e n** Staat".

Mehr und mehr werden die Arbeitervereine und ihre Kongresse von theoretischen Erwägungen durchdrängt. Das Eisenacher Programm von 1869 entwirft einen vollkommen verwandelten Staat und eine neue Gesellschaftsordnung. In Gotha geht man einen Schritt weiter, und der Erfurter Parteitag von 1891 legt das geistige Fundament der Sozialdemokratischen Partei und

iner sozialistisch bedingten Ordnung. Welcher Parteitag es auch gewesen sein mag, welchen ökonomischen und politischen Wandel die Programme skizzen, grundlegend und entscheidend ist jedoch für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geblieben: Die Demokratie, und wie Johann Gottlieb Fichte es von seinem Berliner Lehrstuhl verkündet hatte, "die Gleichheit und Freiheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt".

Leidenschaftliche Debatten

Jetzt werden sie allerdings kommen, die ewig Gestrigen, ob sie Schullenburg, Delitzsch, Werner Sombart hießen oder heute Röpke; der "Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" des Kaiserreiches oder heutige "Freiheitsretter", sie werden höhnisch auf andere Parteitage der SPD deuten, etwa auf die von Dresden im Jahre 1903, von Magdeburg im Jahre 1910 oder jene von 1913; auf jene sozialdemokratischen Kongresse, auf denen es hoch herging, in denen ein revolutionärer Sturm wehte, auf denen in höchster Leidenschaft um die Taktik der Partei schwer gerungen und bitter hart gefochten wurde.

Den Lästernäurern und gleichbleibenden Feinden der Sozialdemokratie sei jedoch gesagt, dass wir auch auf diese Parteitage stolz sind und keinen von ihnen in unserer Geschichte missen möchten. So revolutionäre Reden und radikale Entschliessungen ihre Mehrheit fanden, so vulkanisch der Ausbruch der Geschundenen und Unterdrückten, alles das war in Wahrheit nur das Produkt und das Echo auf das Verhalten der herrschenden gesellschaftlichen Mächte, die, von keinem Tropfen demokratischen Öles gesalbt, die Sozialdemokraten und damit mehr als ein Drittel der deutschen Wähler zu "Landesverrättern" gestempelt hatten, "nicht wert", wie Wilhelm II. sagte, "den Namen Deutsche zu tragen". Hören wir deshalb diesen August B e b e l, einen der grössten Volkstribunen und wahren Patrioten der deutschen Geschichte, was er damals ausrief:

"Dass eine Taktik nicht ewig ist, das versteht sich von selbst ... Das Sozialistengesetz kam, mit all seinen furchtbaren Wirkungen ... eine Großstadt nach der anderen wurde unter Belagerungszustand erklärt, Hunderte und wieder Hunderte wurden brotlos, mit wenigen Ausnahmen wurde allen Führern die Existenz zerstört, wir wurden wie rädige Hunde aus der Heimat getrieben... wir wurden aufs Polizeibüro kommandiert, dort wie Verbrecher unters Metermaß gestellt und abgemessen ... und dann hiess es, binnen drei Tagen macht ihr, dass ihr zum Tempel hinauskommt, das vergesse ich in meinem Leben nicht ..."

Es waren die Nachklänge des das deutsche Staatswesen politisch und geistig so korrumpierende "Sozialistengesetz" Bismarcks, die Verachtung und Zertrampelung jeder freiheitlichen Regung und jedes demokratischen Gedankens, das aus diesen Worten Bebels nachzitterte. Es zitterte noch in Magdeburg nach, als derselbe Parteivorsitzende bis an den Rand der Parteispaltung gegen die badischen Hofgänger um Kolb und den grossen Ludwig Frank zornentflammt erneut vom Leder zog. Es war aber auch die

Schande des preussischen drei Klassen-Unrechtes, das denselben im ersten Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger gefallenen Ludwig Frank auf dem Parteitag in Jena an die Seite der Radikalen um Rosa Luxemburg, Liebknecht und Ledebour trieb. Ja, selbst dieser Revisionistenführer Ludwig Frank, der Budgetbewilliger in Baden, war 1913 mit jenen, die durch den politischen Massenstreik das preussische drei Klassen-Wahlrecht beseitigen wollten, weil sie weit und breit ohne die Erringung der Demokratie keinen politischen, geschweige einen sozialen Fortschritt sehen konnten.

SPD-Parteitage stets grosse nationale Ereignisse

Dresden, Magdeburg oder Jena - die sozialdemokratischen Parteitage jener Zeit waren alljährlich das grosse politische Ereignis, das national wie international das deutsche Volk und die Unterdrückten aller Nationen in Atem hielt. Im allgemeinen Wettstreit und den sich mehr und mehr zum Krieg verdichtenden internationalen Krisen wirkten diese Parteitage wie ein vom Wächter in die Welt hineingerufenes Alarmsignal. Diese Parteitage und ihre Debatten wirkten wie das sich gegen die herannahende Weltkatastrophe aufbauende Gewissen des deutschen Volkes.

Welch eine Summe von Kraft verkörperte diese stärkste politische Organisation Deutschlands, welche eine Fülle hervorragender Männer, Frauen, Wissenschaftler und Politiker hatten sich in ihr vereinigt! Wie wurden damals diese Rededuelle auf den Parteitagen von den Volksmassen verschlungen, wiedererzählt an den Wirtshäusern, in der Eisenbahn, in den Fabriken und Kontoren! Wer je das Glück hatte, eine dieser atemberaubenden Diskussionen in Dresden oder Jena zwischen einem Bebel und einem Georg von Vollmar zu erleben, zwischen Kautsky und Bernstein, Rosa Luxemburg und Scheidemann, der wird dieses Erlebnis alle Zeit im Herzen bewahren. Wieviel Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes lag darin, wieviel Ringen um einen Ausgang in eine bessere Zukunft, wieviel Geist und Grösse, wieviel Idealismus und Glaube stiegen mit diesen Männern und Frauen auf die Tribüne, rangen miteinander um den rechten Weg, wieviel Irren und Wirren aber auch um das Schicksal der Menschheit.

* * *

*

Sozialdemokratische Parteitage damals wie heute - es ist der gleiche Kampf um den Fortschritt und die Demokratie, um den Bestand und die Sicherung der Freiheit, die Einheit Deutschlands und der Frieden. Von Leipzig über Berlin, Stuttgart, Bad Godesberg, Hannover bis Köln - es ist immer das gleiche Ringen um Klarheit und das nie verwischbare Ziel:

Dem deutschen Volk eine Heimstätte zu geben, in der sich alle der Gerechtigkeit und dem Frieden dienenden Kräfte frei entfalten können.

+ + +

Aufschlussreich und bestürzend.

Von Lothar Schwarz, Mainz

Was in Bonn zu den unstrittensten Überlegungen und Plänen im Vorfeld einer Notstandsgesetzgebung gehört, nämlich eine Beschränkung der Pressefreiheit, wird in Mainz in aller Stille bereits praktiziert und zur Bestürzung weiter Kreise - vom Regierungschef des Landes sogar noch als recht und billig verteidigt. So geschehen und protokollarisch festgehalten in der letzten Sitzung des rheinland-pfälzischen Landtages in dieser Woche. Die Aufzeichnung einer mündlichen Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Staatssekretär a.D. Otto Schmidt und der Antworten von Ministerpräsident Dr. h.c. Peter Ailmeyer (CDU) ist ein neuer dokumentarischer Beweis für die Berechtigung der wiederholt von sozialdemokratischer Seite geäußerten Befürchtungen um die geistige Freiheit und das kulturpolitische Klima in diesem CDU-regierten Bundesland.

Blockierte Rundfunksendung

In bisher von dem unmittelbar betroffenen rheinland-pfälzischen Kultusminister Dr. Eduard Orth (CDU) nicht dementierter und im Landtag trotz aller Abschwächungsversuche bestätigten Presseneldungen waren massive und zum Teil erfolgreiche Versuche staatlicher Einflussnahme auf die Programmgestaltung des Südwestfunks ans Licht der Öffentlichkeit gekommen. Kultusminister Dr. Orth, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Südwestfunks, hatte danach bereits im Jahre 1958 einen grösseren kritischen Fernsehbericht über Schulverhältnisse in Eifel und Hunsrück durch Intervention in die SWF-Archive manipuliert und vor wenigen Wochen die Ausstrahlung einer Fernsehreportage in der regionalen Abendschau zunächst blockiert und dann durch eine Stellungnahme aus seinem Ministerium ergänzen und in ihrer negativen Aussage entschärfen lassen. Es ging dabei um die Darstellung unwürdiger Verhältnisse an der Volksschule in Wiesbach im pfälzischen Kreis Zweibrücken, welche die Eltern der kleinen Gemeinde zur Androhung eines Schulstreikes bestimmt hatten.

Staatsvertrag muss erhalten

Es ist bestürzend, mit welcher Begründung der Mainzer Kabinettschef diese "Fernsteuerung" eines publizistischen Organs, das zudem noch Anstalt des öffentlichen Rechts ist, nicht nur zu verteidigen, sondern auch noch als Verpflichtung seines Ministers darzustellen versuchte. Er berief sich dabei auf den Staatsvertrag mit der Rundfunkanstalt, in dem die Verpflichtung zu wahrheitsgetreuer und sachlicher Berichterstattung verankert sei. Minister Dr. Orth habe daher lediglich von dem selbstverständlichen Recht der Landesregierung Gebrauch gemacht, für die objektive und vollständige Darstellung eines Sachverhaltes zu sorgen. Der

Ministerpräsident umging es dabei wohlweislich, auch die völlige Unterbindung einer Fernsehreportage - wie sie 1958 zweifelsfrei durch Dr. Orth erfolgt war - mit dieser "Fürsorgepflicht" für die Objektivität einer vorzüglich geleiteten Sendeanstalt in Verbindung zu bringen. Er sprach in "weiser Einschränkung" nur von dem zweiten Fall der ministeriellen Einflussnahme, mit der die Wiedergabe von "Halbwahrheiten" zu Recht verhindert werden sei.

"Vorbeugung"

Die "Gretchenfrage" des SPD-Fraktionsvorsitzenden, ob es der Ministerpräsident denn nicht für bedenklich halte, dass Minister seiner Regierung oder andere öffentlich tätige Personen schon vor der Ausstrahlung auf zeitkritische Sendungen Einfluss nehmen, beseitigte jedoch die letzten Zweifel an der Einstellung des rheinland-pfälzischen Regierungschefs zu Pressefreiheit und Öffentlichkeitsarbeit. Altmeier bejahte nämlich auch in dieser Hinsicht das Recht des Staates und seiner politischen Beamten, prophylaktisch in die Meinungsbildung einzugreifen, um "dafür zu sorgen, dass der deutsche Bürger durch Rundfunk und Fernsehen wahrheitsgemäß über die Dinge unterrichtet wird". Dass zumindest einigen SWF-Reportern damit die Fähigkeit zu objektiver Berichterstattung regierungsamtlich abgesprochen worden ist, mag die mit einem "Versilschein" für ihren stellvertretenden Verwaltungsratsvorsitzenden aufwartende Intendanz in Baden-Baden mit sich und ihren Mitarbeitern ausmachen.

Pressefreiheit als Deklamation

Dass auf diese Weise aber eine Art staatlicher Vorzensur installiert wird, muss die ganze deutsche Öffentlichkeit interessieren. Es ist nicht bekannt geworden, dass der rheinland-pfälzische Kultusminister bisher andere Sendungen beanstandet, in die Archive verbannt oder entschärft hätte als die seinen eigenen ministeriellen Verantwortungsbereich betreffenden Berichte über Schulfragen. Daran wird doch restlos deutlich, was in Mainz gespielt und mit welcher Tendenz hier Meinung manipuliert wird. Daran führt auch die rhetorische Versicherung Altmeiers nicht vorbei, seine Regierung würde es stets ablehnen, mit einem Eingriff Sendungen zu verhindern, die sich kritisch mit ihr und ihren Maßnahmen auseinandersetzen. Der Tenor seiner Stellungnahme und die ihm sehr wohl bekannten tatsächlichen Vorgänge, die zu der SPD-Anfrage geführt hatten, enthüllen diesen Passus als Deklamation. Dass solche Feststellungen nicht nur von einem Kabinettschef, sondern auch vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates für die "Ländereinstalt Zweites Deutsches Fernsehen" in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt getroffen werden müssen, ist eine peinliche Pointe dieses aufschlussreichen Intermezzos im Mainzer Landtag.

"Ein wichtiger Schritt vorwärts"

H.D. - Zu Beginn dieses Jahrhunderts gab es in rund zwei Dutzend badischer und württembergischer Orte kleine Vorseminare und Seminare, an denen unter geistlicher Führung der Lehrernachwuchs ausgebildet wurde. Dieser Tage hat in Baden-Württemberg die letzte der insgesamt acht Pädagogischen Hochschulen ihre Pforten geöffnet. An fünf simultanen und drei konfessionellen Hochschulen werden künftig über 5000 Bewerber für das Lehramt an Volksschulen von insgesamt 276 Professoren und Dozenten, die unter rund 600 Bewerber ausgewählt wurden, ausgebildet.

Das Baden-württembergische Lehrerbildungsgesetz ist vor vier Jahren vom Parlament in einer inzwischen selten gewordenen Einmütigkeit verabschiedet worden. Seine jetzt endlich abgeschlossene Verwirklichung wird zwar als kultur- und schulpolitisches Ereignis von überragender Bedeutung gewertet, doch mischen sich in diese Anerkennung auch Zweifel und Bedenken.

"Nach konfessionellen Gesichtspunkten?"

Zunächst ist es die Lehrerschaft selbst, die ihrer Unzufriedenheit Luft macht. Sie zeigt sich befremdet, jetzt Bestrebungen feststellen zu müssen, durch Studien- und Ausbildungsordnungen in das verbriefte Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen einzugreifen, das Grundrecht der Studenten auf freie Wahl der Ausbildungsstätte einzuschränken und die Lehrstühle der Grundwissenschaften an den simultanen Pädagogischen Hochschulen "nach konfessionellen Gesichtspunkten" zu besetzen.

Gutachterkrieg

In den letzten Monaten hat sich um die Schaffung der Pädagogischen Hochschulen ein wahrer Gutachterkrieg entwickelt, alte Einwände wurden entkräftet, neue Einwände wurden erhoben. Nur oberschwellig ist es gelungen, die Wogen zu glätten. Erst die Erfahrungen werden zeigen, ob sie sich ganz beruhigt haben.

"Aus Erfahrungen anderer Nutzen ziehen"

Mit der jetzt begonnenen hochschulmäßiger Ausbildung des Lehrernachwuchses ist Baden-Württemberg dem Beispiel der Länder Niedersachsen, Hessen, Hamburg und Bayern gefolgt. Es ist ein wichtiger Schritt vorwärts. "Baden-Württemberg hat in Fragen der Lehrerbildung - im Gegensatz zu seiner Fortschrittlichkeit in Wirtschaft und Industrie - immer seine Entscheidungen denen anderer Bundesländer nachgestellt" erklärte vor kurzem ein namhafter Pädagoge. Das Nachholen kann allerdings von Vorteil sein, wenn es von der Bereitschaft begleitet ist, aus den Erfahrungen anderer Nutzen zu ziehen.

+ + +

Nach der Wahl Segnis

Von unserem Korrespondenten in Rom. Franca Magnani

Die aufregende Wahl Segnis zum neuen Präsidenten der italienischen Republik wurde mit umso grösserer Leidenschaft geführt, als es allen Parteien sogleich klar wurde, dass man allgemein dieser Wahl eine rein politische Bedeutung zuschreiben würde. Noch nie wurde ein Staatsoberhaupt in Italien mit solch knapper Mehrheit gewählt (15 Stimmen); dazu kommt noch, dass der Beitrag der rechtsextremen Parteien (32 Neofaschisten, 16 Monarchisten) entscheidend war. Wohl sah sich die Democrazia Cristiana (DC) durch diesen Beitrag gezwungen, eine offizielle Erklärung abzugeben, in welcher die antifaschistischen und antimarxistischen Ideale von neuem bekräftigt wurden. Aber es bleibt dennoch eine für die junge italienische Republik gewiss unerfreuliche Tatsache, dass ihr Staatsoberhaupt mit der Stimme der Neofaschisten gewählt werden musste; paradoxerweise gerade zu einer Zeit, da mit grosser Mühe das politische Experiment einer Regierung des linken Zentrums versucht wird. Die Regierungskoalition - DC, Republikaner, Sozialdemokraten mit der indirekten Unterstützung der Linksozialisten - hat die erste Bewährungsprobe nicht bestanden; sie ist an der Wahl des neuen Republik-Präsidenten zerschellt.

Tiefe Zerwürfnisse innerhalb der DC

Es ist bezeichnend für die tiefen Zerwürfnisse innerhalb der Christdemokratischen Partei, dass auch anlässlich der DC-Fraktionssitzung Segni nur mit äusserst knapper Mehrheit als offizieller Kandidat bezeichnet werden konnte, und zwar ohne jegliche Unterhandlung und Fühlungnahme mit den Koalitionspartnern. Folgeschwer für die DC bleibt auch die Tatsache, dass mehr als 50 christlichdemokratische Abgeordnete nicht davon abzubringen waren, einen leeren Stimmzettel in die Urne zu legen.

Nach solch stürmisch verlaufenen Präsidentschaftswahlen erscheinen eine ganze Reihe von Fragen berechtigt: weshalb vermochte der interne Zwist der DC dieses Ausmass zu erlangen und weshalb lehnte der rechte Flügel der DC jede Unterhandlung mit den Koalitionspartnern ab, obschon man sich nicht auf einen anderen, sozusagen "neutraleren" Namen hätte einig sein können, ohne dass die Partei an Prestige verloren hätte? Ebenso berechtigt erscheint die Frage, weshalb Fanfani und seine Gruppe bis zum Schluss gegen den offiziellen Kandidaten gekämpft haben, sogar auf die Gefahr hin, die Regierung zu stürzen, obschon Segni bereits Aussenminister der Regierung des linken Zentrums war?

Ein Schlüssel zu diesen Fragen liefern die schwerwiegenden internen Zerwürfnisse der Democrazia Cristiana in bezug auf die Regierungsformel des linken Zentrums. Wer glaubte, die DC habe diese bedeutende politische Frage auf ihrem Parteitag in Neapel endlich gelöst, hat sich gewaltig geirrt. Sie bleibt nach wie vor bestehen und wird für viele Jahre noch das Leitmotiv der italienischen Politik sein.

Gegner des linken Zentrums

Die Gegner der gemässigten Öffnung in Richtung Linksozialisten (Scelba, Pella, Adreotti) hatten die neue Regierungsformel nur unter der Bedingung angenommen, dass die heutige Machtstellung der DC sich im wesentlichen nicht verändere, und dass ihre guten Beziehungen zu der herrschenden wirtschaftlichen Schicht des Landes durch die Formel des linken Zentrums nicht allzu sehr getrübt werde. Mit dem Wahl-Siegnis haben diese christlichdemokratischen Gegner den Beweis geliefert, dass ihre Stellung auch in der Partei alles andere als geschwächt ist, und dass sie die neu eingeschlagene politische Richtung jederzeit zu mässigen und zu mildern vermögen. Die Wahl-Siegnis war ein Zug des rechten Flügels gegen Fanfani, ein deutlicher Hinweis dafür, dass der Ministerpräsident bei weitem nicht die ganze Partei hinter sich habe.

Auch wenn in politischen Kreisen noch niemand von einer unmittelbaren bevorstehenden Regierungskrise spricht (es liegt auf der Hand, dass alle Parteien zuerst die Gemeindevahlen vom 10. Juni abwarten wollen), verlangen jetzt schon nicht nur Nenni und die Republikaner, sondern auch die Sozialdemokraten klare Auskunft über die Verwirklichung des Programms des linken Zentrums. Durch die Art und Weise, wie die Wahl-Siegnis erfolgt ist, erscheinen den demokratischen Linksparteien einige Zweifel darüber berechtigt. Dies umso mehr als bekannt ist, dass innerhalb der Regierungskoalition wichtige Punkte - wie die Verstaatlichung der Energiequellen - äusserst umstrittene Fragen sind. Der Sieg des rechten Flügels innerhalb der DC in der Streitfrage des Republikpräsidenten verspricht der Regierung alles andere als eine ruhige Zukunft zu sichern. Das ist der wichtige politische Schluss, den man aus den italienischen Präsidentschaftswahlen ziehen darf.